

[NN], MdB
[Funktion im Bundestag]

02.03.21

Bitte um Unterstützung: Friedliche Proteste und Demokratie in Myanmar schützen!

Sehr geehrte* NN,

Seit 2015 arbeiten unsere Organisationen KURVE Wustrow und Weltfriedensdienst e.V. im Rahmen des Programms Ziviler Friedensdienst (ZFD) in Myanmar in den Bereichen Menschenrechte, Friedensbildung, Konflikttransformation sowie der Förderung der Zivilgesellschaft bei der Beteiligung an Demokratisierungsprozessen. Fünf unserer ZFD-Fachkräfte sind noch vor Ort.

Wir und unsere Partnerorganisationen beobachten mit großer Sorge die **täglich zunehmenden Repressionen** gegen die Bevölkerung nach dem Putsch des Militärs am 1. Februar: zunehmend gewalttätiges Vorgehen gegen die friedlichen Massenproteste, Erlass eines Versammlungsverbotes, massive Einschränkung der Kommunikationsmöglichkeiten (inkl. nächtlicher Abschaltungen des Internets), die Einführung eines restriktiven Cyber Security Laws, die Einschüchterung der Zivilbevölkerung und die Verhaftungen von Repräsentant*innen der demokratisch gewählten Regierung, Journalist*innen und Aktivist*innen.

Gern bieten wir Ihnen an, Hintergrundgespräche mit unseren ZFD-Fachkräften zu führen.

Außerdem bitten wir Sie:

Treten Sie als [Funktion im Bundestag] öffentlich und in den Ihnen zugänglichen politischen Gremien und Foren für die Forderungen der Myanmarischen Zivilgesellschaft, wie unten aufgeführt, und den Schutz der Demokratie in Myanmar ein.

Fordern Sie die Bundesregierung dazu auf, sich offen hinter die Resolution des UN-Menschenrechtsrates vom 12. Februar 2021 zu stellen, in der die Machtübernahme durch das Militär vor knapp zwei Wochen kritisiert und die sofortige Freilassung der gestürzten Regierungschefin Aung San Suu Kyi gefordert wird.

Fordern Sie die Bundesregierung dazu auf, mit dem myanmarischen Komitee CRPH, welches das am 08. November 2020 gewählte Parlament vertritt, in Austausch zu treten und dieses offiziell zu unterstützen.

Bitte handeln sie schnell, da sich die illegitime Militärregierung täglich stärker etabliert, Repressionen zunehmen und die demokratischen Errungenschaften der letzten Jahre verloren gehen.

Unsere Partnerorganisationen sowie andere zivilgesellschaftliche Netzwerke (siehe beispielsweise: *Open Letter from Civil Society Organizations calling on the Council's immediate action to ensure the protection of demonstrators*), fordern dass:

- die Ergebnisse der Wahlen vom 8. November 2020 anerkannt werden, die gewählten Abgeordneten ihre Ämter frei ausüben können und die im Kontext des Militärputsches verhafteten Personen freigelassen werden,
- die Militärregierung nicht als amtierende Regierung von der internationalen Gemeinschaft anerkannt und durch Zusammenarbeit legitimiert wird, gleichzeitig aber Kommunikationskanäle offengehalten werden, um Möglichkeiten zur konstruktiven Einwirkung im Sinne des Schutzes von Menschenrechten und Rückkehr zur Demokratie zu haben,
- ausschließlich das Militär und mit ihm direkt verbundene Unternehmen mit Sanktionen belegt werden, von allgemeinen Sanktionen aber abgesehen wird,
- Gesetzesentwürfe mit repressivem Charakter, wie das neue Cyber Security Law, deutlich kritisiert werden,
- die Zivilgesellschaft weiter und verstärkt durch langfristige Kooperationen im entwicklungspolitischen Bereich unterstützt wird, da sich die humanitäre Situation voraussichtlich verschlechtern wird,
- die internationale Gemeinschaft sich für den Schutz von Nichtregierungsorganisationen, Journalist*innen, Aktivist*innen und Künstler*innen sowie ethnischen Minderheiten und marginalisierten Gruppen einsetzt, die unter Militärrherrschaft zunehmender Überwachung und Bedrohung ausgesetzt sind. Insbesondere, da ein Eingreifen aus dem Ausland von der Militärführung als Bedrohung der Souveränität des Landes dargestellt wird, ist es zentral in der aktuellen Situation Stimmen zivilgesellschaftlicher Initiativen zu unterstützen, welche sich in den letzten Jahren intensiv für eine interethnische und interreligiöse Verständigung, die Einhaltung von Menschenrechten und die Demokratisierung eingesetzt haben.

Der Putsch des Militärs ist nicht legitim und weder nach Myanmarischen Recht noch im Rahmen des Völkerrechtes zu rechtfertigen. Er macht demokratische Errungenschaften und erkämpfte Freiheiten der letzten Jahre zunichte. Es gibt bislang keine Anzeichen, dass die Militärregierung einen Dialog mit der Zivilbevölkerung und anderen politischen Akteur*innen sucht. Sie zielt darauf ab, die in den letzten Jahren erreichten Schritte in Richtung Demokratisierung rückgängig zu machen. Zivilgesellschaftliche Initiativen leisten – auch mit dem Zivilen Friedensdienst – einen zentralen Beitrag dazu, dass sich demokratische Werte langfristig in Myanmar verankern können. Das ist aber nur möglich, wenn deren Wirkungsmöglichkeiten nicht durch eine erneute Militärregierung massiv eingeschränkt werden.

Sehr gern stehen wir Ihnen für Rückfragen und das Organisieren von Hintergrundgesprächen zur Verfügung.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen,



Anja Petz
Geschäftsführerin KURVE Wustrow



Judith Ohene
Geschäftsführerin Weltfriedensdienst e.V.